

Antrag
des
Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses

über den Antrag der Abgeordneten Hinterholzer, Mag. Hackl, Moser, Kasser, Dipl.-Ing. Dinhobl und Schuster betreffend Erhalt der Wahlfreiheit bei Zahlungsvorgängen und Recht auf Bargeldzahlungen ohne Höchstgrenze

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird ersucht, sich im Sinne der Antragsbegründung bei der Bundesregierung für den Erhalt der Wahlfreiheit bei Zahlungsvorgängen und für das Recht auf Bargeldzahlungen ohne Höchstgrenze in Österreich auszusprechen und die Bundesregierung aufzufordern, sich auf europäischer Ebene entschieden gegen derartige Tendenzen einzusetzen.“

Mag. Hackl
Berichterstatte

Hinterholzer
Obfrau